

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Dietrich Sperling MdB,
Parlamentarischer Staats-
sekretär beim Bundesbau-
minister, setzt sich für
eine Verbesserung des Ver-
kehrs im ländlichen Bereich
ein: Mehr Sachverstand und
Intelligenz. Seite 1

Egon Lutz MdB kommentiert
die jüngsten Arbeits-
marktzahlen: Das Früh-
lingserwachen blieb aus.
Seite 3

Erich Benschkeit MdB stellt
die Frage, ob die Bundes-
republik eine amerikani-
sche Kolonie sein soll:
Bündnistreu aber nicht
Reagan hörig.

Seite 5

Dokumentation
Bundeskanzler Helmut
Schmidts 14 Punkte zu
aktuellen Fragen der Si-
cherheitspolitik.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 612-1

37. Jahrgang / 65

5. April 1982

"Takt im Netz" auch für die Fläche

Mehr Sachverstand und Intelligenz als hohe Investitions-
kosten notwendig

Von Dr. Dietrich Sperling MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Der ländliche Raum ist bei der Überwindung von Entfernungen,
bei seiner verkehrlichen Erschließung durch längere Wege ge-
genüber den Ballungsgebieten benachteiligt.

Diese Benachteiligung wird durch die Entwicklung der Ener-
giekosten verstärkt.

Die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf dem Lande ist
aus Gründen der Chancengleichheit und Gerechtigkeit erfor-
derlich, aber auch um einen zusätzlichen Siedlungs- und Pro-
blemdruck auf die Ballungsgebiete zu vermeiden.

Die Diskussion über die Verkehrserschließung des ländlichen
Raumes konzentriert sich zunehmend auf die Frage des öffent-
lich betriebenen Nahverkehrs.

Das Straßennetz ist weitgehend ausgebaut und frühere, allzu
optimistische Annahmen über die Erschließungswirkung von Fern-
straßen sind differenzierten Aussagen über ihre Funktion und
Wirkung gewichen.

Die Siedlungsentwicklung in der Bundesrepublik hat sich bis
in die jüngste Vergangenheit am niedrigen Benzinpreis, das
heißt nicht an der Vermeidung von langen Wegen und nicht an
der Schiene, sondern am Straßennetz orientiert.

"Schiene" und "Wohnung" sind nicht mehr zusammenzubringen. Bei
einem jährlichen Zuwachs an Wohnungen von eins bis zwei Pro-
zent des Bestandes sind nur sehr langfristige Veränderungen
in der Siedlungsstruktur zu erwarten.

Der öffentliche Personennahverkehr wird von Bund, Ländern und
Gemeinden mit hohen Beträgen bezuschußt.



Die Zuschüsse, die ein "Beförderungsfall" im öffentlich betriebenen Nahverkehr in einem Ballungsraum erfordert, belaufen sich auf 0,40 DM, im ländlichen Raum jedoch auf 1,20 DM. Probleme des öffentlichen Personennahverkehrs - vor allem im ländlichen Raum - sind deshalb kaum durch eine Steigerung des Subventionsaufwandes lösbar.

Der derzeitige Zustand im ländlichen Raum ist durch ein eingefahrenes, aber unabgestimmtes Nebeneinander verschiedener Verkehrsträger, Organisationsformen und von Bus-Linien- und Spezialverbindungen, wie Werk- und Schülerverkehr, gekennzeichnet.

Es lassen sich aufgrund dieses Zustandes ohne immens hohe Investitionen Verbesserungen mit relativ hohen Effekten erzielen.

Das am meisten zitierte Beispiel heißt:

"Modell Hohenlohe" und meint die intelligente Reorganisation und koordinierte Zusammenfassung der verschiedenen Verkehrsträger an den Umsteigepunkten.

Der Aufwand liegt mehr in Sachverstand und Intelligenz als in hohen Sachinvestitionen.

Das Ergebnis solcher Bemühungen ist ein Bus-Netz (mit Knoten an den Umsteigepunkten) statt unverbundener, sich allenfalls räumlich kreuzender und zeitlich nicht treffender Linien und der Taktverkehr mit der regelmäßigen Erreichbarkeit von Peripherie, Zentren und Nebenzentren anstelle eines hohen Zeitaufwandes für das Ausfindigmachen und das Studieren unterschiedlicher Legenden von Fahrplänen und Verbindungen für den Nahverkehrsbenutzer.

Ziel ist also ein "Takt im Netz" auch für die Fläche.

Bundesbahn und Bundespost müssen als wesentliche Träger des öffentlichen Personennahverkehrs im ländlichen Raum bei der Organisation, Herstellung und Abstimmung der Bus-Netze eine aktive Rolle übernehmen. Die Rolle der Schiene für das Netz auf der Straße ist nur bei einem Höchstmaß an Verknüpfung gewährleistet.

Es reicht jedoch nicht aus, wenn Bahn und Post mit dieser Zielsetzung offensiv werden. Eine aktive Rolle bei der Regionalisierung der Organisation des öffentlichen Personennahverkehrs in der Fläche kommt den Landkreisen zu.

Der Deutsche Landkreistag hat diese Aufgabe erkannt, als er beschlossen hat:

"Die Kreise sind als flächenbezogene Gebietskörperschaften bereit und geeignet, einer Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs der Fläche mitzuwirken."

Und:

"Eine Mitwirkung der Kreise kommt vor allem bei der Lösung planerischer und organisatorischer Probleme in Betracht. Hier wäre zu überlegen, Kreisen Zuständigkeiten in der Nahverkehrsplanung zu übertragen."
(-/5.4.1982/ks/ca)

+ + +



Das Frühlings-Erwachen blieb aus

Bemerkungen zu den März-Zahlen der Arbeitsmarktstatistik

Von Egon Lutz MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Kraft des Winters ist gebrochen, aber Frühlings-Erwachen stellt sich dennoch nicht ein. Das ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt, wie sie sich in den März-Zahlen der amtlichen Statistik widerspiegelt. In Zahlen liest sich das so: Zwar ging die Zahl der Arbeitslosen im März um fast 124.000 oder 6,4 Prozent zurück, aber sie liegt mit 1,8 Millionen um nahezu 50 Prozent höher als im März 1981. Und ähnlich mißlich zeigen sich die Werte bei dem Angebot an offenen Stellen: Mit 133.500 Vermittlungschancen hat die Bundesanstalt ein geringeres Angebot zur Verfügung als auf dem Höhepunkt der Rezession in den 70er Jahren.

Wie die Mitarbeiter der Bundesanstalt auch rechnen - mit diesem März können sie nicht zufrieden sein. Bei den Männern wurden 1,04 Millionen Stellungssuchende registriert, das sind 7,1 Prozent aller männlichen Erwerbstätigen, im Vorjahr war die Quote noch bei 4,5 Prozent gelegen. Die Frauenarbeitslosigkeit bewegt sich mit 770.000 oder 8,1 Prozent (Vorjahr 6,3 Prozent) ebenfalls noch in Rekordhöhen. Es hat mit 155.000 arbeitslosen Jugendlichen (Quote 7,2 Prozent) über die Hälfte mehr Stellungslose als noch vor einem Jahr und es zeigt sich, daß die Belegungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt bei Schwerbehinderten nahezu ausgeblieben sind. Nach wie vor werden fast 109.000 arbeitslose Schwerbehinderte gezählt, nur 215 weniger als Ende Februar. Daß sich auch an der Arbeitslosigkeit der über 59jährigen, registriert sind fast 98.000, praktisch nichts geändert hat, kann bei dieser allgemein ungünstigen Entwicklung schon nicht mehr verwundern.

Die Tendenzen auf den beruflichen Teilarbeitsmärkten - sie werden bekanntlich nur noch in vierteljährlichem Abstand registriert - vertiefen den Eindruck einer langanhaltenden und sich eher noch verfestigenden Stagnation. 171.000 arbeitslose Bauarbeiter waren im März in den Kartellen der Ämter - 92 Prozent mehr als im März 1981. In der Elektrotechnik und in den Baunebenberufen wurden 287.700 Stellensuchende gezählt, 104.000 mehr als noch vor einem Jahr. Im Dienstleistungsbereich 224.000 Büro- und Verwaltungskräfte ohne Beschäftigung, 39 Prozent mehr als vor einem Jahr. 41.500 Arbeitslose in den Gesundheitsbüros, 58.400 im Bildungsbereich und 18.100 sogar in der naturwissenschaftlich-technischen Berufen - da gibt es keine Branche, die sonderlich Tröstliches zu melden gehabt hätte.



Bei solchen Zahlen muten Spielübungen an einer neuen Zumutbarkeitsanordnung, die Wochen hindurch Bundesanstalt, Kabinett und Öffentlichkeit in Atem gehalten hatten, wie blanker Aktionismus an. Es fehlt weiß Gott nicht am Angebot auf dem Arbeitsmarkt, es ist auf allen Qualifikationsebenen im Überfluß vorhanden. Es fehlt an Nachfrage, und es fehlt daran in fast dramatischer Größenordnung. Abseits des ebenfalls höchst überflüssigen Hick-Hack um Sinn und Unsinn einer Meldepflicht vorhandener offener Stellen wäre deshalb den Personalbüros anzuraten, nicht nur Stellenanzeigen in die Tageszeitungen einzurücken, sondern immer auch ein Dublikat des Anzeigentextes an das örtliche Arbeitsamt zu senden. "Wir können liefern", lautet der bittere Kommentar der Vermittler, "und zwar auf jeder Qualifikationsebene". "Geliefert" wird prompt, auch das weist die Nürnberger Statistik aus, ganz ohne Zumutbarkeits- und ähnliche Erlasse. Im ersten Quartal 1982 gingen den Arbeitsämtern 312.000 offene Stellen zu. 211.000 Arbeitslose wurden in längerfristige Beschäftigungsverhältnisse, 133.000 in Gelegenheitsstätigkeiten von unter sieben Tage Dauer vermittelt.

Der Politik signalisieren die Märzdaten des Arbeitsmarktes, daß sich nichts, aber auch gar nichts am Arbeitsmarkt verändert hat. Im Gegenteil: Das Angebot an verfügbaren Arbeitsplätzen ist insgesamt gesunken. Dieser Schwund, kombiniert mit einer immer noch steigenden Nachfrage aus den geburtenstarken Jahrgängen, schafft einen Druck, der sich nur dann nicht in explosiven Reaktionen der Hoffnungslosen und Enttäuschten entladen wird, wenn endlich konsequente erste Versuche des Gegensteuerns unternommen werden.

Nichts zu tun und gar noch jede Aktivität des Bundes über den Bundesrat abblocken zu wollen, ist ein frivoles Spiel mit nach Millionen zählenden menschlichen Schicksalen. Auch die Opposition wird zeigen müssen, wie sie auf den Arbeitsmarkt zu reagieren gedenkt. Auch sie sollte nicht ungestraft ihre Mitarbeit an der vorgeschlagenen Gemeinschaftsinitiative verweigern dürfen. Mit dem ausgelieferten Kalauer von den Selbstheilungskräften des Marktes - die sich ja nun weiß Gott schon lange genug hätten austoben können - ist nach wie vor kein Staat zu machen. Die März-Statistik beweist dies ein weiteres Mal.

(-/5.4.1982/bgy/ca)

+ + +



Bündnistreu aber nicht Reagan hörig

Soll die Bundesrepublik eine amerikanische Kolonie sein?

Von Erich Berschkeit MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages

Die Blockade des Beschäftigungsprogramms durch die unionsregierten Länder, obwohl die Bundesrepublik fast zwei Millionen Arbeitslose hat und viele kleine und mittlere Unternehmen auf die Investitionszulage warten, findet in den bundesdeutschen Medien kaum Beachtung.

Stattdessen wird viel Kraft und Zeit darauf verwendet zu klagen, daß Regierung und Koalition handlungsunfähig wären und zu rätseln wie lange die Koalition hält und nach Neuwahlen zu rufen, obwohl die Regularien vom Grundgesetz klar festgeschrieben sind. So lange diese Koalition gemeinsam mit der Regierung Gesetze beschließt, wie das Beschäftigungsprogramm, sind solche Spekulationen die Abonnentengebühren nicht wert. Ich kann mir aber auch kaum vorstellen, daß die SPD-Fraktion bereit sein wird, Scheibchen aus diesem Beschäftigungsprogramm, die einigen genehm sind, zum Beispiel das Mietrecht, herauszuschneiden. Wenn die Vermieter auf das neue Mietrecht warten müssen, so sollten sie sich bei den Unionsländern darüber beschweren.

Bedauerlich: man kann schon sagen schauerlich, finde ich ganz andere Vorgänge, die im Grunde genommen unser Land vielmehr berühren und unsere Freiheit nach innen und außen beschneiden können, die aber in den Medien kaum Beachtung finden. Wenn ein Kanzlerkandidatenanwärter nach dem anderen, bisher war es Herr Dr. Strauß und Herr Dr. Stoltenberg, es wird sicher nicht lange dauern und Herr Dr. Albrecht und Herr Späth werden folgen, nach Amerika fährt, wird dagegen sicher nichts einzuwenden sein. Wenn diese Herren aber, nachdem sie entgegen allen Geflogenheiten in Amerika auf ihre Regierung eingedroschen haben nach Hause kommen und der staunenden Öffentlichkeit verkünden, daß Amerika über die Deutschen verärgert sei, daß diese Regierung nicht das Wohlwollen des amerikanischen Präsidenten habe, dann klingt das schon recht eigenartig, zumal sowohl Bundeskanzler Schmidt als auch die SPD-Fraktion hinreichend bewiesen haben, daß an der Bündnistreu und der Zugehörigkeit zur NATO bei Regierung und SPD kein Zweifel besteht. Das kann aber doch wohl nicht bedeuten, daß wir zu allem, was der amerikanische Präsident von sich gibt, Hurra rufen müssen und seine Befehle hinnehmen sollen.

Für Ratschläge hat sowohl die Regierung als auch die Koalition jederzeit offene Ohren. Aber das, was man zu hören bekommt, geht wohl weit über Ratschläge hinaus.

Noch eigenartiger dürfte wohl der Vorgang sein, daß sogar ein hoher amerikanischer Regierungsbeamter bei einer Parteiveranstaltung der CSU der Regierung eines frei gewählten Landes Noten erteilt und Herr Strauß in seiner Gegenwart Äußerungen in Richtung Sowjetunion tut, die gerade uns als geteiltes Land nicht zustehen können. Die Bundesrepublik ist nicht El Salvador. Der amerikanische Präsident Reagan ist aber auch nicht Amerika. Wir Sozialdemokraten werden uns darin nicht beirren lassen, die Entspannungspolitik fortzusetzen und unser Land so zu führen, wie wir glauben, daß es dem Volk am besten dient.

(-/5.4.1982/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Aktuelle Fragen der Sicherheitspolitik

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat die Aussprache in der Kabinettsitzung vom 31. März 1982 über die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung in 14 Punkten zusammengefaßt:

I. Allianz

1. Die Bundesregierung hält am Konzept der umfassenden Friedenssicherung durch das Atlantische Bündnis fest, wie es vor 15 Jahren in den beiden Elementen der Grundphilosophie des Harmel-Berichts zum Ausdruck kam.

- Gewährleistung des Gleichgewichts durch ausreichende militärische Stärke, Verteidigungsfähigkeit und politische Solidarität der Allianz zur Abschreckung von Pressuren und Aggression.
- Eine Politik des Dialogs und der Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Osten.

Dem sind hinzugefügt worden

- Rüstungskontrolle und Abrüstung als integrale Bestandteile der Sicherheitspolitik des Bündnisses;
- das Eintreten für echte Blockfreiheit als einem wichtigen Stabilitätsfaktor in der Welt.

Festigkeit und Verhandlungsbereitschaft bestimmen unsere Politik.

2. Die große Mehrheit unserer Bürger trägt diese Politik. Zu diesem Konsens gehören:

- Unsere enge Freundschaft mit den Vereinigten Staaten,
- der politische und wirtschaftliche Zusammenhang in der Europäischen Gemeinschaft,
- die besondere Rolle der deutsch-französischen Zusammenarbeit,
- ein einiges Europa als verlässlicher Partner Nordamerikas,
- die Bejahung der Bundeswehr und ihres Auftrags.

3. Die besondere Stärke eines Bündnisses freier Partner liegt in einer von allen gemeinsam gestalteten und getragenen Politik. Dies erfordert umfassende und rechtzeitige Konsultationen.

4. Wirtschaftliche und soziale Stabilität der Bündnispartner haben strategische Bedeutung für Sicherheit und Gleichgewicht.

5. Das Bonner Gipfeltreffen der Allianz muß zu einer Bekräftigung der Grundlinien gemeinsamer Bündnispolitik für die 80er Jahre führen.

II. Sicherheitspolitik

6. Die Bundesregierung steht fest zur Sicherheitspolitik der Allianz. Diese Politik verbindet Abschreckungsstrategie und Verteidigungsfähigkeit mit Rüstungskontrolle und Abrüstung.

7. Der Warschauer Pakt baut sein konventionelles Übergewicht weiter aus. Die Sowjetunion hat bei den interkontinental-strategischen Waffen de facto Parität mit den USA und bei den nuklearen Mittelstreckenwaffen (euro-strategische Waffen) eine große Überlegenheit erreicht.

8. Der Bedrohung durch den Warschauer Pakt begegnet die Nato mit der bewährten Strategie der flexiblen Reaktion; diese verknüpft konventionelle und nukleare Fähigkeiten miteinander, um durch Abschreckung jeden Krieg zu verhüten.
9. Unseren Beitrag zur Kriegsverhütung leisten wir mit einer modern ausgerüsteten und gut ausgebildeten Bundeswehr, mit der Wehrpflicht, durch unsere finanziellen Leistungen und mit der Aufnahme von Streitkräften aus sechs verbündeten Staaten. Dieser Beitrag beweist die Bereitschaft unserer Bürger, für Frieden und Freiheit einzutreten. Er sichert unseren Einfluß im Bündnis.
10. Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik hat das Ziel, Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau herzustellen, vertraglich abzusichern und überprüfbar zu machen. Vereinbarte Sicherheit festigt die Stabilität und schränkt die Gefahr des Rüstungswettlaufs ein.

Die Bundesregierung setzt sich für konkrete Verhandlungsergebnisse bei den Genfer INF-Verhandlungen ein. Sie sind nur zu erreichen, wenn die SU anderenfalls mit einer Stationierung amerikanischer Systeme ab Ende 1983 rechnen muß. Die Bundesregierung unterstützt nachdrücklich die von den Vereinigten Staaten nach intensiven Bündnis-Konsultationen vorgeschlagene Null-Lösung, das heißt den beiderseitigen Verzicht auf landgestützte nukleare Mittelstreckenraketen.

Sie setzt sich ein für den baldigen Beginn von Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über eine Reduzierung der interkontinental-strategischen Waffen (START), die in einem engen Zusammenhang mit den INF-Verhandlungen stehen.

Sie setzt sich für eine Aktivierung der Wiener MBFR-Verhandlungen über beiderseitig ausgewogene Truppenvermindierungen ein.

Sie strebt bei der Wiederaufnahme des Madrider KSZE-Folgetreffens ein präzises Mandat für eine Konferenz für Abrüstung in Europa (KAE) an, um vertrauensbildende Maßnahmen für ganz Europa zu vereinbaren.

Sie setzt sich bei den Beratungen im Genfer Abrüstungsausschuß für ein vollständiges und nachprüfbares Verbot der chemischen Waffen ein.

Der Bundeskanzler wird bei der 2. Abrüstungs-Sondergeneralversammlung der VN unsere Vorstellungen zur weltweiten Friedenssicherung erläutern.

III. Dialog und Zusammenarbeit

11. Die Bundesregierung hält fest an einer langfristig angelegten Politik des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen West und Ost. Auf diese Zusammenarbeit ist durch die sowjetische SS-20-Hochrüstung, die Intervention in Afghanistan und den Druck auf Polen ein tiefer Schatten gefallen. Die Antwort darauf liegt nicht in der Rückkehr zum kalten Krieg, sondern in der festen Entschlossenheit des Westens, das Gleichgewicht zu gewährleisten und die Forderung nach Mäßigung und Verantwortung in den internationalen Beziehungen zur Geltung zu bringen.
12. Die Bundesregierung setzt sich für die Fortsetzung des KSZE-Prozesses und für ein ausgewogenes Ergebnis der Madrider Nachfolgekonferenz ein. Die Schlußakte von Helsinki ist zu einem europäischen Schlüsseldokument geworden, das Maßstäbe für die friedliche Entwicklung in Europa setzt. Wir werden keinen der Unterzeichner-Staaten aus seiner Verantwortung für ihre Verwirklichung entlassen.
13. Die Bundesregierung hält am langfristig angelegten wirtschaftlichen Austausch zwischen West und Ost fest. Sie will keinen Handelskrieg. Wirtschaftliche Zusammenarbeit trägt zur Entwicklung zuverlässiger politischer Beziehungen und damit zur Stabilität bei. Wirtschaftlicher Austausch muß beiden Seiten gleichermaßen zugute kommen und darf weder einseitige Abhängigkeit schaffen noch zur Übertragung militärisch-relevanter Spitzen-Technologie führen.
14. Das Gebot der Mäßigung und Verantwortung gilt für alle Staaten und weltweit. Die Bundesregierung lehnt jeden Versuch zur Übertragung des Ost-West-Gegensatzes auf die Dritte Welt ab. Sie wird auch in Zukunft wirkliche Blockfreiheit, die ein wichtiger Faktor der Stabilität in der Welt ist, ermutigen und nach Kräften unterstützen.

(-/5.4.1982/vo-he/ca)